

Feinkonzept Haushaltskonsolidierung - Darstellung der Maßnahmen (Übersichtsblatt)

1.	Referat, Dienststelle	Personal- und Organisationsreferat Abt. P 4
----	--------------------------	--

2.	Kurzbeschreibung der Maßnahme, realisierbar ab,	1. Rationalisierungsmaßnahmen 01/2005
----	--	--

3. **Aufgabenkritik:** (bitte diese pauschalen Aussagen auf einem Beiblatt näher erläutern!)

3.1	freiwillige Aufgabe gesetzliche Pflichtaufgabe rechtliche Grundlagen	
-----	--	--

Zutreffendes bitte mit „X“ markieren ↓

3.2	Die Aufgabe wird künftig rationeller erfüllt (ohne wesentliche inhaltliche Einschränkungen)	X
3.3	Die Aufgabenerfüllung wird eingeschränkt – die Leistungsmenge reduziert	
3.4	Die Aufgabenerfüllung wird eingeschränkt – die Qualität heruntergefahren	
3.5	Die Aufgabe wird nicht mehr wahrgenommen	
3.6	Die Aufgabe wirkt sich auf die Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting) aus	X

Die Auswirkungen aus Ziffern 3.2 – 3.6 sind grundsätzlich auf einem Beiblatt kurz zu beschreiben.

NEU →

4. **finanzielle Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahme:**

HHST:							0
	2. Zuschüsse und Transferleistungen						
	GR 7	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006
HHST:							0
	3. Personalausgaben						
	GR 4	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006
HHST:					36		36
	Summe Ausgaben						
		2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006
HHST:		0	0	0	36	0	36
	B. Einnahmenerhöhungen						
	GR 1	2002	2003	2004	2005	2006	2002 - 2006
HHST:							

Komprimierte Erläuterungen der Ziffer 3, Aufgabenkritik:

zu 3.2: Aufgabe wird rationeller erfüllt (geschlechterdifferenzierte Darstellung der Auswirkungen auf das eingesetzte Personal):

Folgewirkung der Konsolidierung	Personen			keine geschlechterdifferenzierten Daten vorhanden (ab wann liegen Daten vor?) (X)	geschlechterdifferenzierte Auswirkung nicht erkennbar (X)
	gesamt	weiblich	männlich		
Vom Personalabbau betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	226	124	102		
In Prozent	100	55	45		

Die Rationalisierungseffekte werden über die Personalfuktuation eingefahren. Zum Stichtag 01.01.2004 fanden 226 Dienstkräfte bei P 4 Verwendung, davon 124 Frauen (= 55%) und 102 Männer (= 45%). Nach derzeitigem Kenntnisstand rechnen wir für das laufende Jahr mit einem Fluktuationaufkommen von 12 Personen bei den weiblichen Beschäftigten (= 86%) sowie 2 Personen bei den männlichen Beschäftigten (= 14%). Für das Jahr 2005 gehen wir von einer vergleichbaren Entwicklung aus.

Das Fluktuationaufkommen wird in seiner Gesamtheit für alle Konsolidierungsmaßnahmen, die bei P 4 umzusetzen sind, benötigt (vgl. auch Anlage 2.2 = Aufgabe der Gehaltsabrechnung für die Krankenhäuser).

zu 3.3 Leistungsmenge reduziert:

...

zu 3.4 Qualität heruntergefahren:

...

zu 3.5 Aufgabe wird nicht mehr wahrgenommen:

...

zu 3.6 Geschlechtergerechtigkeit:

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen geschlechtsdifferenziert auf ihre Auswirkungen hin überprüft werden, d. h. es ist anzugeben, ob Frauen oder Mädchen bzw. Männer oder Jungen in unterschiedlich starkem Maße betroffen sind.

Anzahl und Zusammensetzung der Personen, die von den Konsolidierungsmaßnahmen betroffen sein werden:

- Auswirkungen nach außen: - entfällt -

Folgewirkung der Konsolidierung	Personen			keine geschlechtsdifferenzierten Daten vorhanden (ab wann liegen Daten vor?) (X)	geschlechtsdifferenzierte Auswirkung nicht erkennbar (X)
	gesamt	weiblich	männlich		
Betroffene (außerhalb der Stadtverwaltung) durch - Leistungseinschränkung ¹ - Ressourcenabbau ²					
absolut					
in Prozent	100				

- Auswirkungen auf die städtischen Beschäftigten (hier nicht mehr Darstellung des Personalabbaus): - entfällt -

Folgewirkung der Konsolidierung	Personen			keine geschlechtsdifferenzierten Daten vorhanden (ab wann liegen Daten vor?) (X)	geschlechtsdifferenzierte Auswirkung nicht erkennbar (X)
	gesamt	weiblich	männlich		
Betroffene (innerhalb der Stadtverwaltung) durch - Leistungseinschränkung ¹ - Ressourcenabbau ²				*	
absolut					
in Prozent	100				

*Rationalisierungseffekte haben keine Auswirkungen im Sinne dessen, was in den Fußnoten beispielhaft aufgeführt ist.

¹ Reduzierung des städtischen Leistungsangebots, z.B. Schließung von Bibliotheken.

² Abbau von Personal oder Sachmitteln, dadurch z.B. Verlängerung von Wartezeiten.

¹

²